

schofsamt beschlossen. Im Februar 1989 wurde in der Episkopalkirche der USA *Barbara Harris* zur ersten anglikanischen Bischöfin geweiht, ein Jahr später folgte die erste anglikanische Diözesanbischöfin *Penelope Jamieson* im neuseeländischen Dunedin. Dieser Bruch mit der Tradition, deren Veränderung der Kompetenz der Kirchen grundsätzlich entzogen sei, blockiere, so die katholische Warnung, die gegenseitige Anerkennung der Ämter, verhindere Versöhnung und mache Fortschritte im Bemühen um ein gemeinsames Verständnis der Bedeutung von Eucharistie und Amt zunichte.

Aber auch in den innerkirchlichen und innerkonfessionellen Auseinandersetzungen wird umgekehrt die ökumenische Relevanz der Entscheidungen über Zulassung oder Nichtzulassung betont. In der katholischen Kirche ebenso wie bei den über die Frauenordination zerstrittenen Provinzen der anglikanischen Gemeinschaft dient als Argument – um in der eigenen Kirche in der Frauenordination engagierte Gruppen zur Zurückhaltung zu mahnen – der Verweis, ein Vorwärtsdrängen in der Frage der Frauenordination gefährde die Ökumene und mache mühevoll erreichte Fortschritte im interkonfessionellen Dialog zunichte. Mißtrauen kann allerdings solche Rücksichtnahme erregen – innerhalb der katholischen Kirche wird sie besonders gegenüber den Orthodoxen gefordert –, wenn gerade bezüglich der Anliegen von Frauen eine Art „ökumenischer Pazifismus“ praktiziert werden soll.

Dennoch ist die ökumenische Relevanz des Themas in jedem Fall ein wichtiges Argument, verbietet der notwendige Respekt vor anderen Traditionen und Kirchentümern vorschnelle Parallelisierung. Aber in gleichem Maße sind innerhalb des ökumenischen Dialogs die Kirchen in Offenheit zu respektieren, die – nach ernsthaftem Ringen um die Entscheidung –, Frauen zum Pfarr-, Priester- und Bischofsamt zulassen und mit der Ordination von Frauen deren tragender Rolle im Leben der Kirche und konstitutiver Funktion in der Weiter-

gabe des Glaubens Rechnung tragen wollen. Es geht dabei auch um die Glaubwürdigkeit einer Kirche, die sich in Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegen jede Form von Diskriminierung eines Menschen seines Geschlechtes wegen bemüht.

Könnte das Gewicht dieser Anliegen nicht dazu führen, im ökumenischen Dialog die verschiedenen Traditionen offen und kritisch zu überdenken? Vielleicht ist gerade in dieser Frage eine gewisse Ungleichzeitigkeit als Ausdruck möglicher Vielfalt in Einheit nicht zu umgehen oder sogar heilsam. fo

Normalisierung

Polens Kirche erhält neue Strukturen für die nachkommunistische Ära

Die am 25. März von Papst Johannes Paul II. verfügte Neuordnung der kirchlichen Jurisdiktionsbezirke mit samt zahlreichen Neuernennungen und Umbesetzungen auf der Bischofs-ebene kommt für die polnische Kirche einem mittleren Erdbeben gleich. Kaum ein Stein bleibt auf dem anderen. Die fünf bestehenden polnischen Kirchenprovinzen (Gnesen, Krakau, Posen, Warschau, Breslau) wurden neu zugeschnitten, acht weitere Kirchenprovinzen errichtet (Przemysl, Stettin-Cammin, Danzig, Ermland, Białystok, Tschenstochau, Kattowitz, Lublin). Die Diözese Łódź wurde zwar zum Sitz eines Erzbischofs erhoben, eine Kirchenprovinz gleichen Namens wird es jedoch nicht geben, die Erzdiözese wurde dem Apostolischen Stuhl direkt unterstellt. Durch die Errichtung von 13 neuen Diözesen erhöht sich die Zahl polnischer Jurisdiktionsbezirke auf insgesamt 40. Sieben Diözesanbischöfe wurden zu Metropolitan-Erzbischöfen erhoben, einer zum Erzbischof; 18 Erzbischöfe und Bischöfe wurden ernannt, drei neue Weihbischöfe, insgesamt 14 Weihbischöfe in andere Diözesen versetzt.

Zu den bedeutendsten Veränderungen

gehört die Auflösung der Unionen *Gnesen-Posen* und *Gnesen-Warschau*. Der Titel des „Primas Poloniae“ ist traditionsgemäß mit dem Amt des Erzbischofs von Gnesen verbunden. Der Vorgänger des gegenwärtigen polnischen Primas, Kardinal *August Hlond*, war der letzte Inhaber des Titels Erzbischof von Gnesen-Posen gewesen, bevor ihn Pius XII. 1946, in einer Zeit zunehmend schwieriger werdender Beziehungen zwischen katholischer Kirche und kommunistisch geführtem Staat, zusätzlich zum Erzbischof von Warschau erhob. Den Titel Erzbischof von Gnesen und Warschau führte erstmals Kardinal *Stefan Wyszyński*, der im Herbst 1948 Kardinal Hlond nachfolgte.

Mit der nun gefundenen Lösung treten zunächst einmal die drei Funktionen, die für Kardinal Wyszyński die Grundlage für seine konsequente Selbstbehauptungspolitik gegenüber dem kommunistischen Staat boten, auseinander: Der Papst entzog Kardinal Glemp die Verantwortung für die Erzdiözese Gnesen und ernannte für Gnesen einen eigenen Erzbischof. Der Primas-Titel verbleibt ad personam bei Kardinal Glemp, wird aber, wenn dieser eines Tages zurücktreten oder sterben sollte, an den Erzbischof von Gnesen zurückgehen. Kardinal Glemp verbleibt indes im Moment noch das Amt des *Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz*. Ob er dies jedoch noch lange behalten wird, ist fraglich. Im Herbst steht eine Neuwahl an. Wegen der verbreiteten Unzufriedenheit mit der Amtsführung Glemps und da durch die äußeren politischen Verhältnisse nicht länger der Zwang besteht, sich auf jeden Fall um den Primas und den Erzbischof von Warschau zu scharen, könnte es durchaus zu einem Wechsel im Amt des Konferenzvorsitzenden kommen.

Sosehr die äußeren Umstände dazu angetan sind, in der Veränderung vor allem eine Entmachtung von Kardinal Glemp zu sehen, das entscheidende Motiv ist dies nicht. Mit der Neueinteilung der polnischen Diözesen und mit der Auflösung der Machtballung an der Spitze der polnischen Kirche

hat der Papst – z. T. gegen den Willen betroffener Bischöfe – eine Strukturreform vorgenommen, die sich von der Sache her seit langem aufdrängt, sich aber unter der kommunistischen Regierung entweder nicht realisieren ließ bzw. damals eine Schwächung der katholischen Kirche des Landes bedeutet hätte, an der niemand ein Interesse haben konnte. Das künftige Zueinander von Primas und Konferenzvorsitzendem wird vor allem von den Personen abhängen, die diese Funktionen wahrnehmen.

Zu den Aufsteigern dieser Neuregelung und damit möglicherweise zu den wichtigen Männern der polnischen Kirche der Zukunft gehört jedenfalls der neue Erzbischof von Gnesen, *Henryk Muszyński*, bisher Bischof von Wrocław. Über Polen hinaus machte sich Muszyński einen Namen als Vorsitzender der Kommission der Polnischen Bischofskonferenz für den *Dialog mit dem Judentum*. Muszyński gehörte sowohl zu denen, die die Auseinandersetzung um die Karmelitinnenniederlassung in Auschwitz entschärften, als auch zu den Hauptverantwortlichen des Hirtenbriefs der Polnischen Bischofskonferenz zum Antisemitismus, der die Beziehungen zwischen katholischer Kirche in Polen und Judentum verbesserte. Bei der Vollversammlung der Bischofssynode 1990 zur Priesterfrage amtierte er als Sondersekretär.

Für Polens Kirche ist es nicht das erste Mal, daß man aus den sich verändernden politischen Verhältnissen umgehend Konsequenzen für kirchliche Strukturen zieht: 1972 lagen nur wenige Tage zwischen der Ratifizierung des Warschauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen durch den Deutschen Bundestag am 3. Juni und dem vatikanischen Kommuniqué vom 28. Juni, mit dem die Neuregelung der Diözesangrenzen in den polnischen Westgebieten erläutert wurde (vgl. HK, August 1972, 374 ff.). Eine entsprechende Neuregelung der Diözesangrenzen in den ehemals polnischen Gebieten in Weißrußland und der Ukraine steht auch nach ersten Änderungen der kirchlichen Strukturen in

der ehemaligen Sowjetunion weiterhin aus (vgl. HK, Mai 1991, 239). Mit der Neueinteilung der polnischen Diözesen nimmt der Apostolische Stuhl seine auch bei anderen Ländern angewandte Linie wieder auf, Diözesangrenzen zu verändern, wo sich dies von der Größe her aufdrängt: Während man in *Italien* Diözesen zusammenlegt, um so gerade in Südtalien Bistümer zu schaffen, die als eigenständige Jurisdiktionsbezirke bestehen können, teilt man andernorts, wie jetzt in Polen, Diözesen, die als zu groß gelten. Daß es in Ländern wie der Schweiz oder auch in der alten Bundesrepublik nicht zu Änderungen kommt, liegt weniger an der geringeren pastoralen Dringlichkeit als vielmehr an den ungleich schwierigeren staatskirchenrechtlichen Verhältnissen. nt

Klärungsversuch

Hirtenbrief der niederländischen Bischöfe über Amt und Sakrament

„Im Namen Christi“ ist ein Ende März veröffentlichtes *gemeinsames Hirtenschreiben der niederländischen Bischöfe* über Sakrament, Amt und Weihe überschrieben. Der Titel ist auch schon ein deutlicher Hinweis auf die Stoßrichtung des 35seitigen Schreibens. Die elf residierenden Bischöfe und Weihbischöfe der niederländischen Kirchenprovinz möchten darin klarmachen, daß und warum die Kirche nicht einfach über die Sakramente verfügen kann, sondern sie als Teil ihrer unverfügbaren Grundstruktur betrachten und entsprechend mit ihnen umgehen muß und daß geweihte Amtsträger als Repräsentanten Jesu Christi bei der Feier der Eucharistie und der Spendung der Sakramente eine unverzichtbare Rolle spielen.

Anlaß und Hintergrund für den Hirtenbrief werden im Vorwort genannt. Es handelt sich zum einen um eine Antwort auf Äußerungen und Forde-

rungen zu Gottesdienstfeier und Sakramentspendung, wie sie von Vereinigungen und Bewegungen im niederländischen Katholizismus vorgebracht wurden bzw. werden: Genannt werden die „Marienburgvereinigung“ (der Vorsitzende dieser 1983 gegründeten Vereinigung kritisch-loyaler niederländischer Katholiken sprach sich für die Möglichkeit aus, daß auch Laien einer Eucharistiefeier vorstehen können), die „Achter-Mai-Bewegung“ (auf einer ihrer jährlichen Großveranstaltungen hatten Laien das Hochgebet am Altar mitgesprochen, was zu beträchtlichen Spannungen mit den Bischöfen führte) und die „Vereinigungen der in der Pastoral Tätigen“, die für eine Ausweitung der Befugnis von Laien zur Sakramentspendung plädieren. Gleichzeitig soll das Hirtenschreiben auch der allgemeinen Glaubensvertiefung dienen und Wege für die zukünftige Sakramentenpastoral in den Niederlanden aufzeigen.

Die Vorsitzende der Achter-Mai-Bewegung bezeichnete den Ton des Hirtenschreibens als auffallend „freundlich“; es werde nicht mit erhobenem Zeigefinger geredet. Und die (protestantische) Tageszeitung „Trouw“ schrieb in einem Kommentar, die Bischöfe wollten in ihrem Brief nicht verurteilen, sondern verkünden. Tatsächlich ist das niederländische Hirtenschreiben über Sakrament, Amt und Weihe in Sprache, Ton und Argumentationsstil als vorbildlich zu bezeichnen: Die bestehenden Probleme aufgrund des Priester mangels oder die Schwierigkeiten des kirchlichen Amtes in einer demokratischen Kultur werden klar beim Namen genannt; die theologischen Aussagen über die Sakramente und die besondere Stellung des geweihten Amtes in der Kirche werden nicht einfach dekretiert, sondern aus der Mitte des Glaubens zu begründen versucht. Beim Thema *Priestertum der Frau* sind die Bischöfe deutlich bemüht, keine Türen zuzuschlagen und die Diskussion offenzuhalten. Es wird anerkannt, daß die lehramtlichen Argumente in dieser Frage nicht allgemein akzeptiert würden. Gleichzeitig warnen sie davor, die Frage nach der